

## Sanctuary Schools

### A Lehrer:in is ka Kiwara!

Anfang September hat die Regierung ein Kopftuchverbot für muslimische Mädchen unter 14 Jahren beschlossen. Bereits 2020 beschloss die türkis-blauen Regierung so ein Gesetz. Da der Gesetzesentwurf ausschließlich auf muslimische Mädchen abzielte – und daher den Gleichheitsgrundsatz widersprach –, kippte es damals der Verfassungsgerichtshof 2020. An die Stelle einer vermeintlichen muslimisch-religiösen Bevormundung will nun diese Regierung eine christlich/atheistische-staatliche Bevormundung setzen. Das zeigt, dass hier nicht Mädchen geschützt werden, sondern rassistische Politik auf dem Rücken von Mädchen gemacht werden soll. Gleichzeitig, und davor soll dieser Vorstoß ablenken, will die Regierung den letzten Kollektivvertragsbeschluss nochmal aufzuschnüren. Den Lehrer:innen wird mit einer Nulllohnrunde gedroht. Im Zuge dessen wird mit dieser rassistischen Politik auch dethematisiert, dass sich die absolute Armut in Österreich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt hat und damit die Kinderarmut extrem gestiegen ist. Über 100.000 Kinder sind absolut arm – ein Rekordwert! 350.000 von Armut bedroht! Anstatt Politik für Kinder zu machen, schafft die ÖVP-SPÖ-Neos-Regierung noch mehr Ausgrenzung und ausgerechnet wir sollen diese rassistische und menschenfeindliche Bevormundungspolitik umsetzen.



Wir sagen deutlich, dass wir nicht die Polizst:innen für rassistische Politik in der Schule spielen werden! Schulen und Lernen leben von Vertrauen, von respektvollen und verlässlichen Beziehungen. Unsere Schulkinder sind unsere Schutzbefohlenen, das Umsetzen von staatlich verordneten Kleidervorschriften widerspricht einem respektvollen Miteinander! Wir sprechen uns daher entschieden gegen diesen Gesetzesbeschluss aus, statt einer Nulllohnrunde fordern wir bessere Betreuungsverhältnisse und die Anpassung der Gehälter zumindest an die Inflation! Wir wollen unsere Schule zu einem sicheren Ort des respektvollen Umgangs für alle Kinder, zu Sanctuary Schools, machen! Mit meiner Unterschrift fordere ich dieses Gesetz nicht zu beschließen und verlange von Bildungsministerium, Bildungsdirektionen und meiner Schulleitung dieses Gesetz nicht zu exekutieren. Dieses Gesetz widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz und eine Umsetzung somit eine Menschenrechtsverletzung darstellt. Wir stehen auf der Seite unserer Schülerinnen, gemeinsam für die Einheit der Klasse!





